

NRW steckt mehr Geld in Verkehr

Etat steigt um 65 Millionen auf 2,93 Milliarden Euro – Größter Anteil für ÖPNV

VON PETER BERGER

Düsseldorf. Trotz sinkender Steuereinnahmen wird die Landesregierung im kommenden Jahr knapp drei Milliarden Euro in die Verkehrsinfrastruktur stecken. Das sind 65 Millionen mehr als im Rekordjahr 2019. „Es handelt sich zwar erst um den Entwurf. Die Beratungen folgen noch, aber bei meinen Gesprächen mit dem Finanzminister war die Stimmung nicht viel schlechter als im letzten Jahr“, sagte NRW-Verkehrsminister Hendrik Wüst (CDU) bei der Vorstellung des Etats am Freitag in Düsseldorf.

Mit 1,8 Milliarden Euro wird das meiste Geld erneut in den öffentlichen Personennahverkehr fließen, knapp 58 Millionen mehr als in diesem Jahr. Davon sind 1,5 Milliarden Euro Zuweisungen des Bundes. Für die Modernisierung der Stadt- und Straßenbahnsysteme, deren Technik größtenteils veraltet ist, stellt das Land den Städten bis ins Jahr 2031 insgesamt eine Milliarde Euro zur Verfügung. „Das Geld kann von den Kommunen immer dann abgerufen werden, wenn es gebraucht wird“, sagte

Wüst. „Wir rechnen damit, dass es 2020 die ersten Anträge geben wird.“

Besonders wichtig ist dem Verkehrsminister, dass der Einstieg in die Digitalisierung und vernetzte Mobilität möglichst schnell gelingt. Dafür stehen 24 Millionen Euro bereit, mit denen bessere Fahrgastinfos und elektronische Ticketsysteme wie das E-Ticket-Pilotprojekt des Verkehrsverbunds Rhein-Sieg gefördert werden, das in dieser Woche bis zum Juni 2020 verlängert wurde. Das Netz kommunaler Mobilstationen soll Schritt für Schritt dichter geknüpft

MEHR INFOS ÜBER E-SCOOTER

Der NRW-Verkehrsminister hat die Anbieter von E-Scootern aufgefordert, die Nutzer bei jeder Ausleihe auf die Verkehrsregeln hinzuweisen. „Es reicht nicht, die Regeln nur einmal herunterzuladen“, sagte Hendrik Wüst. Dazu gehörten die Empfehlung, einen Helm zu tragen, das Verbot, zu zweit auf dem Roller zu fahren und der Hinweis auf die Promille-Grenzen. (pb)

werden. Sie verbinden verschiedene Angebote an einem Standort. So soll es etwa an mehr Bahnhöfen auch Carsharing-Autos, Elektroladesäulen, Parkplätze und einen Fahrradverleih geben. Laut einem Gutachten haben Stadt- und Straßenbahnen bis 2031 einen Investitionsbedarf von rund 2,6 Milliarden Euro. Erneuert werden müssen Gleise, Oberleitungen, Weichen, Signale und Haltestellen ebenso wie Brücken, Bahnübergänge oder Stellwerke.

In den Ausbau des Radwegenetzes steckt NRW im kommenden Jahr 47 Millionen Euro. Der Etat für den Erhalt und Ausbau von Landesstraßen steigt um 15 auf 237 Millionen Euro. Die Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken wie der Börde-Bahn zwischen Euskirchen und Düren liege ihm besonders am Herzen, sagte Wüst. Deren Kosten werden überwiegend aus Regionalisierungsmitteln des Bundes gedeckt werden. „Wenn wir den Klimaschutz ernst nehmen, müssen wir den Menschen auch Alternativen zum Auto anbieten“, sagte Wüst.

» Meinung Seite 4

» Land/Region Seite 8